

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 20. — Mk. Durch Abnehmer 115. — Mk. pro Woche. Durch die Post 80. — Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages von 495. — Mk. an die Produktivgenossenschaft. Subskriptionspreis Kunde: 5. — 8 Uhr nachmittags. — Postfach Nr. 810 59. — Fernsprech-Anschluss: Breslau, Ring 8887.

Donnerstag, 28. Dezember 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile ober deren Raum 20. — Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5. — Mk. Kleine Anzeigen per Wort 3. — Mark. — Retraum: Die Millimeterzeile 3 gespaltene ober deren Raum im Text 75. — Mark.

Das Neujahrsgeschenk an die Eisenbahner.

Das WAB. meldet:

Die starke Belastung der Wirtschaft durch die Reichsbahnartik, die zur Erhaltung des Gleichgewichtes im Einvernehmen aus Ausgaben erforderlich, verlangt, wie in der Öffentlichkeit anerkannt wird, auch durchgreifende Maßnahmen in Ersparnissen an Material und Personal. Die durch Indiskretion in die Presse gelangte Mitteilung über Abbau von 25 000 Beamten und Arbeitern, ist in den Einzelheiten noch keineswegs festgelegt, doch entspricht ein derartiger Abbau den Absichten des Reichsverkehrsministers. Selbstverständlich sollen von dem Abbau nicht diejenigen Teile des Unternehmens betroffen werden, bei denen die nötige Arbeitsintensivität erzielt ist, sondern es sollen die noch vorhandenen unproduktiven Kräfte erfasst werden. Der Abbau wird sich nicht nur auf Arbeiter, sondern auch auf solche Teile der Beamten erstrecken müssen, die erst verhältnismäßig kurze Zeit als Beamte eingestellt sind und bei denen noch kein unkündbares Verhältnis vorliegt. Die Einzelheiten der noch zu treffenden Maßnahmen werden in den ersten Jannartagen mit dem Hauptbeamtenrat erörtert werden. Diese sind von den Absichten der Verwaltung, wonach das seit fast zwei Jahren eingeleitete Abbauprogramm unter allen Umständen weitergeführt werden muß, bereits in Kenntnis gesetzt.

* * *

Diese offizielle Wolff-Meldung bestätigt die Entlassung der 25 000 Eisenbahnarbeiter und Beamten, sie bestätigt, daß kein parasitärer höherer Beamter auf der Liste steht, sondern nur solche, die produktiv arbeiten.

Die „Schlesische Zeitung“ die ganz besonders gut unterrichtet zu sein scheint, ergänzt die Nachricht des Wolff-Büros noch durch folgende Mitteilungen:

Von den Beamten will man 4419 mittlere Beamte in der Finanzverwaltung unterbringen, 1115, die das 65. Lebensjahr bereits überschritten haben, werden zwangspensioniert und für die übrigen Beamten ist die bloße Kündigung auszusprechen. Bei dieser Gruppe handelt es sich um Beamte, die besonders eine vierjährige Dienstzeit bei der Reichseisenbahn haben. Bei den Kündigungen wird

eine besondere Auswahl getroffen werden. Es sollen besonders solche Bedienstete ausgesucht werden, die sich als unbrauchbar oder arbeitsunlustig erwiesen haben. Außerdem beabsichtigt die Reichsregierung im neuen Urlaubsjahre eine Verkürzung der Urlaubszeit für sämtliche Beamte um je drei Tage durchzuführen.

Entlassung von Beamten, Arbeitern, Lehrlingen, Zwangspensionierung der alten Beamten, die ihre Knochen im Interesse des Staates gelassen haben, Verkürzung des Urlaubes, das sind die Neujahrsgeschenke, welche die Regierung Cuno den Eisenbahnbediensteten überreicht. Charakteristisch für die Maßnahmen der Regierung ist die Unkündigung aller „arbeitsunlustigen“ Elemente zuerst brotlos zu machen.

Man will offenbar die Böde von den Schafen scheiden, schwarze Listen aufstellen und die Arbeiter und Beamten in arbeitslustige und arbeitsunlustige teilen.

Die Aufstellung von schwarzen Listen dürfte demnach bereits im besten Gang sein und es ist selbstverständlich, daß die Eisenbahndirektionen diesen Wind mit dem Zaunpfahl verstehen und alle unbequemten, vor allen Dingen die klassenbewußten Arbeiter auf die Liste der „arbeitsunlustigen“ setzen würden.

Wenn das Reichsverkehrsministerium jedoch glaubt, mit solchen plumphen Mitteln den Zwist in die Reihen der Eisenbahnarbeiter zu tragen, indem sie einen Teil der Kollegen als „faul“ denunziert und als Parasiten hinstellt, so wird sie auf Granit stoßen.

Die Eisenbahnbediensteten sind nicht gewillt, diesen ihren Kollegen angebotenen Schimpf zu dulden. Sie werden sich um so fester zusammenschließen um den Kampf um ihre Existenz geschlossen und einheitlich zu führen.

Der Hauptvorstand des OEB., der das Kernstück seiner Tätigkeit bisher in der Zersplitterung des Verbandes und dem Ausschluß der Kommunisten erblickte, hat nun Gelegenheit zu beweisen, daß er nicht nur zu „verhandeln“, sondern auch einen rücksichtslosen Kampf zu leiten versteht.

Die Eisenbahner können versichert sein, daß sie in ihrem schweren Kampf um ihr Brot die Unterstützung des gesamten Proletariats finden werden.

Mosul und die Meerengen.

Von R. Louzon (Paris).

Am 30. März 1856 setzte England in Paris den Grundsat durch, daß der Bosporus und die Dardanellen der Handelschiffahrt aller Staaten offenstehen, über allen Kriegsschiffen verschlossen sein sollen. Die Türken, die auf beiden Meeresufern die Herrschaft ausübten, erhielten den Auftrag, dieser Entscheidung Achtung zu verschaffen. Sie sahen sich dadurch zu Wächtern des Schwarzen Meeres bestellt.

Im Jahre 1922 aber weigerte sich nun dasselbe England in Lausanne ganz energisch, diese alte Regelung fortbestehen zu lassen. Nachdem es zuvor Griechenland mobilisiert hatte, mobilisierte es später selbst, um zu verhindern, daß der von ihm selbst früher herbeigeführte Zustand, der über ein ganzes halbes Jahrhundert hindurch zu allseitiger Zufriedenheit bestanden hatte, auch fernerhin fortbestehen soll.

Woraus erklärt sich dieser auffällige Meinungs-

umkehrung?

Im neunzehnten Jahrhundert gab es zwar auch schon eine Orientfrage, aber noch keinen imperialistischen Kampf um den Besitz der Petroleumquellen. Großbritannien setzte damals das Verbot der Durchfuhr von Kriegsschiffen durch die Meerengen durch, weil es befürchtete, die russische Flotte könnte von dort aus in das Ägäische Meer vorstoßen, seine maritimen Stützpunkte im Mittelmeer bedrohen und nach dem Durchstich des Suezkanals seine Verbindungen mit der Levante und Indien abschneiden. Außerdem erschien es ihm damals nicht notwendig, daß seine eigene Flotte ins Schwarze Meer eindringe, weil es mit Rücksicht auf seinen eigenen Kohlenreichtum in Wales für das Petroleumvorkommen im Kaukasus bis in die letzten Jahrzehnte hinein kein besonderes Interesse hatte.

In den letzten zwanzig Jahren hat jedoch die Technik der Produktion von Betriebsstoffen einen gründlichen Wandel erfahren.

Die Entwicklung des Automobilwesens und das Aufkommen der Luftschiffahrt bringen es mit sich, daß in jedem einzelnen Lande täglich immer größere Mengen von Petroleumessenzen als Betriebsstoff Verwendung finden. Vor allem aber hat die Konstruktion von großen Schwerölmotoren, die es ermöglichen, Petroleum zum Antrieb von Großschiffen zu verwenden, die Frage der Erbschaft aufs engste mit der Frage der Beherrschung der Petroleumproduktion verknüpft.

Die Verwendung von Petroleum als Betriebsstoff auf den Kriegsschiffen ermöglichte eine erhebliche Verminderung des Raumes und des Gewichtes der Maschinenanlagen und der Kohlenvorräte, was zugleich eine entsprechende Erhöhung ihrer artilleristischen Bestückung und ihrer Munitionsvorräte gestattete. Außerdem — und das ist ein ganz wesentlicher Vorzug — nach der Verbrauch von Petroleum das Schiff auf große Entfernungen unsichtbar. Bisher verriet der Kohlenrauch schon auf sehr weite Entfernungen der feindlichen Flotte die Stelle, wo ein Kampf stattfand.

Diese Vorteile sind so gewaltig, daß man mit Recht sagen kann, ein mit Kohöl betriebenes Kriegsschiff besitzt gegenüber einem mit Kohlen betriebenen mindestens dieselben Vorzüge, wie ein Stahlschiff gegenüber einem Holzschiff.

Unter diesen Verhältnissen verleiht der Besitz der herrlichen Wales-Kohle mit ihrer hellen Flamme, die von der Natur geradezu dazu geschaffen zu sein scheint, den britischen Kriegsschiffen als Heizstoff zu dienen, Großbritannien natürlich keinerlei Ueberlegenheit mehr. Darum muß es sich entweder um jeden Preis den Besitz des neuen Brennstoffes sichern oder auf seine bisherige Seeherrschaft verzichten.

Nun gibt es auf britischem Staatsgebiet keinerlei natürliche Petroleumvorkommen. Und dies ist denn auch der eigentliche Grund, weshalb England so hartnäckig

Die Koffbads-Garde.

Es ist längst bekannt, daß der Abenteuerer, Leutnant Koffbach, der auch in Oberschlesien seine Garde organisiert, trotz verschiedener unerledigter Anklagen frei herumläuft, und daß Koffbads Organisation unter ständig wechselndem Namen weiterlebt. Koffbads Garde ist nicht verboten, sondern nur die Mitgliedschaft in dem „aufgelösten“ „Verein für landwirtschaftliche Berufsausbildung“. In neuen Vereinigungen dürfen sich die Koffbacher weiter sammeln, darf Koffbach seine Hege gegen Proletariat und Republik fortsetzen.

Das hat der „aufgelöste“ Koffbach und seine Koffbacher begriffen und darum nennt er jetzt seine Vereinigung nicht mehr „Verein für landwirtschaftliche Berufsausbildung“, sondern: „Verein für deutsche Wanderfahrten“. Die Mitgliedschaft in diesem Verein wird nicht bestraft, denn es ist ja kein „aufgelöster“ Verein. Daß der in Mecklenburg und den dortigen Landgütern sein Unwesen treibende „Verein für deutsche Wanderfahrten“ die Fälschung der Koffbachorganisation ist, ist uns unabweisbar und bedarf nicht erst noch der Bestätigung durch den Staatsgerichtshof, wo eine darauf abzielende Sache noch immer „schwebt“. Koffbach beruft übrigens persönlich in Mecklenburg und zwar in Lage mehrmals im Monat Truppenführerschulungen ein. Einer seiner Leutnants, namens Clausen, erklärte bei einer Feier:

„Der Bürgerkrieg ist unvermeidlich! Wer nicht hinter uns steht, dem jagen wir eine Kugel durch den Kopf!“

Gegen Koffbads Geist und Koffbads Methoden, die unter wechselndem Aushängeschild überall um sich

greifen, kann allein der bewaffnete Selbstschutz des Proletariats helfen.

Wahlerfolg der Kommunisten.

Bei der jährlichen Gemeinderatswahl am Sonntag, den 17. Dezember in Bursersdorf bei Burgstädt, hat die USPD drei Mandate verloren. Die Bürgerlichen gewannen zwei, die Kommunisten einen Sitz. Die Sitze verteilten sich folgendermaßen: Bürgerliche 7, SPD 6, USPD 5.

Der Sozialdemokratie schwindet immer mehr der Boden unter den Füßen. Die Kommunistische Partei gewinnt an Boden. Der Zulauf der Bürgerlichen rekrutiert sich aus jenen kleinstädtischen Schichten, die, je nach der Situation, zwischen der USPD und den Bürgerlichen hin- und herpendeln.

„Freilassung der Halleranhänger“.

Unter dieser Ueberschrift bringt die Oberschlesische „Grenz-Zeitung“, das ehemalige Organ Korfantys (seit fastjährig) nachstehende Meldung:

Warszawa, 21. Dez. Die „A. W.“ meldet nach dem „Eispres-Borany“, daß die vor einigen Tagen verhafteten Halleranhänger Oberstleutnant Wodesski, Hauptmann Radkowski und Woyas-Sollabus gestern freigelassen worden sind.

Die Halleranhänger sind die polnischen Faschisten. Haller selbst ist der polnische Mussolini, mit dem Korfanty übrigens konkurriert. Die Freilassung der Halleranhänger beweist, daß auch den Faschisten Polens kein Haar gekrümmt wird von der Bourgeoisie und den Sozialpatrioten. — Ganz wie bei uns!

darauf besteht, mit seiner Flotte ungehindert ins Schwarze Meer fahren zu können. Denn das Schwarze Meer ist der Zugang zum Kaukasus.

Was England im Augenblick im Schwarzen Meer besonders interessiert, das sind nicht Odessa und Sebastopol, sondern lediglich Batum und Noworossissk, die Stapelplätze der Petroleumproduktion von Baku und Grosny.

Wenn England mit seinen Kreuzern und Ueberbroadnoughts frei in das Schwarze Meer hineinfahren und dort das ganze Küstengebiet des Kaukasus mit seinen Schiffsstationen beherrschen kann, so wird es ihm auch ein Kinderpiel sein, bei dem ersten sich ihm bietenden Anlaß dort seine Truppen zu landen und die enge Landzunge zu besetzen, die das Schwarze Meer vom Kaspiischen Meer trennt, und auf der sich die besten eis heute bekannten Petroleumvorkommen befinden.

Lord Curzon hat keinen anderen Grund für seine Forderung der Entmilitarisierung der Meerengenzone, d. h. für die frei ungehinderte Durchfahrt seiner Schiffe und Truppen durch die Meerengen. Durch seine Forderung des freien Durchfahrtsrechtes für die britischen Kriegsschiffe oder — was genau auf dasselbe hinausläuft — die Entmilitarisierung der Dardanellen legt England vor aller Welt das Geständnis ab, daß es sich des Kaukasus und seiner Petroleumschätze bmächtigen will.

Wem soll das Petroleum des Kaukasus und in Asien gehören? Das ist in Wirklichkeit die einzige Frage, um die in Lausanne so heiß gestritten wird. Und lediglich aus diesem Grunde spizen auch die Vereinigten Staaten von Amerika in Lausanne so scharf die Ohren.

Politische Rundschau.

Weiße Justiz.

Die Schwurgerichte sind durch ihre siebenmal gestiebte Auswahl der Geschworenen keine Volksgerichte, sondern ein ausgesuchtes Instrument reaktionärer gegenrevolutionärer „Rechtspflege“. Ein paar Fälle aus der letzten Zeit beweisen es aufs krassste. In Eisen wurde ein Arbeiter, der Maschinist Karuzseit aus Gelsenkirchen, von dem Schwurgericht zum Tode verurteilt, weil er angeblich im Kapp-Putz als Soldat der Roten Armee in Dorsten einen Reichswehrsoldaten nach einem Standgerichtsurteil wegen Spionage erschossen ließ. Selbst der „Vorwärts“ ist entrüstet, daß dieser Arbeiter, der aus revolutionärem Recht „Bluttaten mit Bluttaten beantwortete“, zwei Jahre später zum Tode verurteilt wurde, ohne daß von der Amnestie des Jahres 1920 und ihrer Anwendung auch nur die Rede ist. Wenige Tage zuvor sprach das Berliner Schwurgericht zwei deutschvölkische Mordbuben, die in sorgfamer Vorbereitung und gegen Bezahlung einen Mordversuch gegen einen jüdischen Schriftsteller Harden unternahmen, von der Anklage des Mordversuchs frei, und nahm nur Beihilfe zur Körperverletzung an. Daß die Geschworenen in Gassel die studentischen Arbeitermörder in Thüringen freisprachen und die Geschworenen von Halle einen Offizier und einen Soldaten, die einen solchen Arbeitermord begangen hatten, teils freisprachen, teils mit einer sehr gelinden Gefängnisstrafe bedachten, ist hoffentlich auch noch unergessen. Für deutschvölkische Mörder Freiheit — für republikanische und revolutionäre Arbeiter den Tod!

Denn der „Vorwärts“ aus dieser Gegenüberstellung nur darüber heult, wie weit wir seit der Revolution bereits zurückentwickelt sind, so verschweigt er dabei heuchlerisch nur, wie sehr er und die sozialdemokratischen Führer die hauptsächlichste Mitschuld an dieser Rückentwicklung tragen. Die Arbeiterklasse wird eines Tages Gehenschaft dafür fordern.

Der Brotwuchersieg der Sozialdemokraten.

Angehts der Mollage breiter Volksmassen, Arbeiter, Beamte, Kleinrentner, Altersrentempfänger ist es geradezu eine frivole Provokation von der Not der Landwirtschaft zu reden, sowie das Verlangen, der Umlagepreis zu erhöhen. Unsere Partei hat die Aufgabe, diesen schamlosen Wucher mit Getreide unter allen Umständen zu verhindern, und nicht nur für das erste Drittel, sondern auch darüber hinaus für die Ernte keiner Nachbewilligung zuzustimmen. Die Not des Volkes muß über die agrarischen Ausbeuter, wenn es nicht zugrunde gehen will, den Sieg davon tragen.“

So spricht der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Georg Klaußner im „Vorwärts“ am 14. 10. 22. Beachtet man, daß nach sozialdemokratischer Feststellung nicht eine, und vor allem nicht gegen die Masse der organisierten Arbeiter und Angestellten registriert werden kann, dann können obige Ausführungen immerhin einige Hoffnungen erwecken. Aber es sollten eben nur Hoffnungen sein und bleiben. Zum 2. Mal haben jetzt die „agrarischen Ausbeuter“ in der Preisfrage einen Sieg über die Volksnot und nicht ungeehrt davongetragen. Das erste Mal eine merkwürdige Erhöhung auf 28000 Mk. pro Tonne Umlagegetreide und zwar ohne, daß sich damals die sozialdemokratischen Minister dagegen aufbäumten, ohne daß sich die sozialdemokratische Partei dazu aufschwang, an die Massen zu appellieren, für Reichslosgang zu kämpfen. Das Kampfbild ist angeblich nicht groß genug gewesen. Ja wohl diesmal das Kampfbild groß genug, nachdem eine halbjährige Erhöhung eine Erhöhung auf 165000 Mk. pro Tonne Umlagegetreide festgelegt wurde? Diese Frage wird vom „Vorwärts“ am 20. Dezember wiederum verneint. Das schone Verprechen, keine Nachbewilligung zuzustimmen, zeigt sich als elender bluff, denn es haben — lt. „Vorwärts“ — sich auch die Verbraucher (d. h. die sozialdemo-

Früchte der Wiederaufbau- und Arbeitsgemeinschaftspolitik!

Kürzlich sah sich der Minister für Volksbildung veranlaßt, sehr dringend die Benutzung von Schiefertafeln auch in höheren Schulen bis hinein in die Oberklassen zu empfehlen. Im Reiche der Papiermark ist das Schreibpapier wie jedes Schreibmaterial Luxus geworden.

In einem Aufruf teilt der Erwerbslosenrat in Kiel mit: 50% aller verheirateten Erwerbslosen mühten aus Not ihre Trauringe und den größten Teil ihrer Hausstandsgegenstände verkaufen. Viele verkauften sogar die Betten und schlafen auf dem Fußboden. Erwerbslose alleinstehende Mädchen werden auf den Weg der Prostitution getrieben. Ein Teil der Erwerbslosen verfringt in den Sumpf des Verbrechens.

In Tangermünde fehlen bis 30% der Kinder in den Schulen. Sie fehlen alle infolge von Krankheit, die sie sich durch Unterernährung zugezogen haben.

Die Agrarier im landwirtschaftlichen Zentralverein Königsberg drohen mit dem Diebstahl, falls die Regierung nicht die Dienstenthebung monarchistischer Landräte zurücknimmt.

Der Arbeitsnachweis in Breslau gibt bekannt, daß im Monat November auf je 100 offene Arbeitsstellen rund 240 Bewerber entfielen. Im Handelsgewerbe wurden zahlreiche Entlassungen vorgenommen; im Bekleidungs- und Textilgewerbe nahm die Zahl der Arbeitslosen zu.

Aus dem Bezirk Magdeburg wird für den Monat November berichtet: Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen haben stark zugenommen. Das Jahresende wird durch die inzwischen ausgesprochenen Kündigungen einen weiteren erheblichen Zustrom von Arbeitslosen bringen.

In den großstädtischen Zeitungen findet man Dutzende von Anzeigen über feine Bälle (in diskreter und indiskreter Aufmachung), über Lunslokale, Einladungen zu Schlemmereien aller Art.

fratischen Führer d. Red.) der Notwendigkeit einer Steigerung des Umlagepreises nicht entzogen.“ Die „Verbraucher“ (der Sozialdemokrat Dr. Herx usw.) haben als äußerste Grenze selbst eine Erhöhung auf 102000 Mk. pro Tonne vorgeschlagen!

Aus Zucht vor dem Massenaufruch der Arbeiter und Angestellten, sabotieren die Sozialdemokraten den Kampf gegen die Teuerung, stützen unerschrocken Getreidepreiserhöhungen zu, ziehen den Schwanz ein vor den Landwüchsern, stemmen sie sich der Auflösung des Reichstags und der Bildung einer Arbeiterregierung entgegen und unterstützen indirekt die Cmsregierung, deren höchste Aufgabe die Förderung des Unternehmertums ist. Mit dieser Politik machen sich die Sozialdemokraten selbst zur höchsten Aufgabe, die Förderung des Unternehmertums, wie es sich auch beim Streik der Ludwigshafener Arbeiter zeigte.

Kapitalistische Steuerpolitik.

Drei Viertel der Einkommensteuer aus Proletariatsgrößen.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: „In den letzten Monaten dieses Jahres ist das Einkommen an Einkommensteuer zu immer größerem Teile aus Lohn- und Gehaltsabzügen erhoben. Es ergibt sich für die Monate April bis Oktober folgendes Bild:

	Einkommensteuer über Haupt	Davon Lohn- und Gehaltsabz.	Aus Lohn u. Gehalt Prozent
April-Juli	23,5	13,2	56,2
August	29	5,7	57,1
September	13,9	8,1	58,3
Oktober	21,9	13,8	72,0

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß die Hauptlast der Einkommensteuer zur Zeit der größten Geldentwertung gerade von den Schichten getragen wird, die auch sonst unter der Geldentwertung am stärksten zu leiden haben: von Arbeitern, Angestellten und Beamten, und es ist selbstverständlich, wenn in diesen Kreisen der Unmut über diese Verhältnisse im Wachstums begriffen ist.“

Im Oktober haben also Arbeiter, Angestellte und Beamte fast drei Viertel der Einkommensteuer angebracht, und im November und Dezember wird sich dieses Verhältnis noch zunehmen. Der proletarischen hungernden Massen verschoben haben. Die Sozialdemokraten, die an diesen häuslichen Zuständen hauptsächlich schuld sind, beantragen zwar bei der Verabschiedung der Einkommensteuer-Novelle eine Abänderung dieser schamlosen Steuerpolitik, aber sie denken nicht daran, die Massen gegen die kapitalistische Ausbeutung zu mobilisieren. Die bürgerliche Mehrheit hat die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt — und die sozialdemokratischen Führer berieten sich, in die große Koalition hineinzukommen.

Mit welcher Freiheit die kapitalistischen Kritiker vorzugehen, beweist der Antrag der Demokraten im Steueranlaß des Reichstages. Sie beantragten, daß den Kapitalisten, die schon im August und September Beträge auf die Zwangsanleihe eingezahlt haben, diese Beträge

zum zwei- oder zweieinhalbfachen Wert anzurechnen sei. Dieser Antrag ist ein besonders ergötzliches Kapitel zu dem Zwangsanleihegeschwindel, der ursprünglich eine Goldmilliarde aufbringen sollte und jetzt — nach der neuesten „Verbesserung“ — im besten Falle 70 Goldmillionen betragen wird.

Wie lange wollen sich die ausgebeuteten und hungernden Massen die Ausbeuterpolitik der Kapitalisten noch gefallen lassen?

Die verloderte Republik auf Schieberbeinen.

Aus Bremen wird uns gemeldet: Am Freitag morgen waren in der Stadt an hunderten von Stellen Plakate angeklebt, auf denen u. a. zu lesen war: Wir fordern die Vereinigung von Hand und Faust!

Wir brauchen Männer mit starken Armen!

Eine gute Monarchie ist uns lieber als eine verloderte Republik auf Schieberbeinen.

Hier ist ein neues Muster vom geistigen Kampf der Deutschvölkischen. Wenn ihre ekelhafte Propaganda ein Schieberbein hat losgehen lassen, dann erklären die erbärmlichen Subjekte: Das haben wir nicht gewollt, wir wollen nur den geistigen Kampf, wir lehnen Gewalttaten ab.

Es gibt darauf kein feigeres und erbärmlicheres Gesindel als deutschvölkische Heher, die aus dem Hinterhalt ihr Gift verprühen. Die Fregeleiteten, die nach ihrer Anweisung die Wodwaffe in die Hand nehmen, werden nachträglich verleugnet.

Ein ekelhafteres Schauspiel, als die nationalen Götter und ihre Propheten der Öffentlichkeit darbieten, hat es noch nie gegeben.

Mobilisierung der kleinen Landwirte für die Orgel.

Bezeichnend für die Art, wie die Reaktion auch die Kleinbauern zu gewinnen und für ihre Zwecke zu organisieren sucht, ist die Gründung eines „Feuerschutzkommandos“ in dem Ort Künigeln, Kreis Darfheimen in Ostpreußen. Am 28. 11. fand dort auf Veranlassung des Ortsvorstandes, des Hauptmanns a. D. Maß eine Versammlung statt, die von zirka 60—70 mittleren und kleinen Bauern besucht war.

Der Ortsvorsteher hielt das Referat, in dem er ausführte, daß bald die Not die Städte aufs Land treibe, um sich mit Lebensmitteln zu versorgen, und daß die Kommunisten (natürlich) versuchen würden, die Hungernden zu Plünderungen aufzureizen. Dagegen mühten sie sich als Besitzer schützen und sich zusammenschließen. Waffen seien genügend vorhanden. Hierauf wurde die Gründung eines Dorfselbstschutzes unter dem Decknamen „Feuerschutzkommando“ beschlossen.

Dieser Fall zeigt so recht, wie die Verhegung unter der Landbevölkerung methodisch geschieht und von den Behörden anstatt der Versorgung des städtischen Proletariats mit Lebensmitteln die blutige Niedererschlagung der Hungernden kühnen Herzens organisiert wird. Nur durch unermüdete Aufklärungsarbeit unter der ländlichen arbeitenden Bevölkerung durch die Kommunisten kann den deutschen Faschisten der Wind aus den Segeln genommen werden. Darum auf zur Propaganda.

Faschistische Putschvorbereitungen mit Hilfe der Reichswehr.

Der sozialdemokratische Parlamentsdienst verbreitet folgende Mitteilungen:

„Die bayerischen Faschisten scheinen in letzter Zeit auch noch verstedte Tätigkeit auszuüben. Wir glauben sogar in Preußen eine sehr umfangreiche, wenn auch vorläufig noch verstedte Tätigkeit auszuüben. Wir glauben sogar behaupten zu können, daß der Einfluß der Faschisten bis in die Reihen der Reichswehr reicht. Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die ehemals der Reichswehr angehört und noch im Besitze der Reichswehrausweise sind, haben es verstanden, unter Zuhilfenahme dieser Ausweise von Reichswehrtruppenteilen Waffen zu erhalten und zu verschleiben. Es entzieht sich allerdings unserer Kenntnis, ob diese Dinge nur möglich waren, weil die in Frage kommenden untergeordneten Reichswehrstellen so irreführt worden sind, wie seinerzeit der Bürgermeister von Köpenick, oder ob hier tatsächliche Verbindungen zwischen Nationalsozialisten und der Reichswehr vorhanden sind. Eingeweihte glauben, das letztere nicht bestreiten zu können. Weiter sind in den letzten Wochen in Berlin und 10 große Waffenfundungen beschlagnahmt worden. Sie waren zum Teil als „Maschinenteile“ deklariert, enthielten aber in Wirklichkeit Teile für Hunderte von Maschinengewehren, riesige Mengen Infanteriegewehre und noch viel größere Mengen dazu gehöriger Munition. Diese Waffen waren zum Teil für einige östliche Randstaaten, zum anderen Teil für Oberschlesien und für andere Teile Deutschlands bestimmt. Wie immer bei solchen „nationalen Sachen“ haben auch hierbei deutschnationalen Betrüger ihre Finger im Spiel gehabt.“

Die Chemnitzer „Volksstimme“ fügt dem noch folgendes hinzu:

„In diesen Tatsachen erfahren wir noch, daß es insbesondere das Reichswehrministerium mit seinem demokratischen Minister ist, das allerlei Schwierigkeiten macht, um Licht in das Dunkel zu bringen.“

Diesem bis an die Zähne bewaffneten Faschismus, der in der Reichswehr und in den Behörden Helfer hat, werden die Arbeiter nur bekommen, wenn sie ihren proletarischen Selbstschutz, ihre bewaffnete Arbeiterwehr organisieren — organisiert. Diese Arbeiterwehren müssen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte geschaffen werden, ehe es zu spät ist.

Wirtschaftliche Rundschau.

So sieht der „Wiederaufbau“ aus! Rundgebung der Ärzte.

Die Ärzteschaft Berlins war am Freitag abend in der Universität Berlin versammelt; nach eingehenden Referaten über die furchtbaren Ernährungsnot, die besonders den Nachwuchs in beängstigendem Umfange bedroht, wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. gesagt wird: „Der Mehrzahl aller Deutschen sind die notwendigen Nahrungsmittel nur noch in völlig ungenügenden Mengen zugänglich. Die Tuberkulose greift weiter um sich. Rachitis und Blutarmut breiten sich aus; Skorbut und Hungerödeme sind keine Seltenheiten mehr; die Seuchengefahr kann nicht schwer genug eingeschätzt werden.“

Die Entschließung klingt aus in einem Aufruf an das Ausland, mitzuhelfen an einer gründlichen Umgestaltung der gesamten Wirtschaftslage. Die furchtbare Anklage gegen die Hungerzustände, an welche sich die Reden der Ärzte und ihre Entschließung darstellten, richten sich im wesentlichen gegen den verfallenen Vertrag. Aber dieser ist nicht allein schuld an der unerhörten Niederdrückung des schaffenden Volkes. Viel schlimmer wirkt, daß die Profitmacher mit Hilfe ihrer „vereinigten“ sozialdemokratischen Koalitionsbrüder alle Lasten auf die Besitztlosen abgewälzt haben und obendrein noch mit rücksichtsloser Brut Profite aus den hungernden Arbeitern auf doppelte Weise auspressen: durch die systematische Entwertung des Geldes und hemmungslose Preissteigerung und durch Steigerung der Ausbeutung durch Lohnbruch und Verlängerung der Arbeitszeit. Alles das kostet Millionen von Proletariern das Leben, schafft die Zustände, auf die die Ärzte warnend hinweisen und wird sie noch weiter verschärfen, wenn sich die Arbeiter geduldig von den Reformisten dem Profithunger des „Wiederaufbaues“ überliefern lassen.

Es gibt keine schärfere Begründung des Offenen Briefes des 4. Kongresses der Komintern, als das Ergebnis dieser Arzttagung. Es gilt die Kräfte aller Ausgebeuteten, aller Notleidenden, aller vom „Wiederaufbau“ mit dem Hungertode Bedrohten mit aller Energie zur einheitlichen Abwehrfront zu sammeln, um endlich die kapitalistische Hungeroffensive zurückzuweisen.

Die kommunistische Internationale hat abermals den einzig gangbaren Weg, den Weg des gemeinsamen Abwehrkampfes aller Ausgebeuteten aufgezeigt. Jeder Arbeiter, der noch zögert, diesen Weg zu beschreiten, der sich durch Hege und Irreführung für die Zwecke des kapitalistischen „Wiederaufbaues“ mitbrauchen läßt, trägt mit Schuld an dem Untergang, dem Hungertod seiner Klassengenossen.

Rekordgewinn.

Die Gesellschaft der Standard Oil-Gruppe hat im laufenden Jahre an ihre Aktionäre rund 882 Millionen Dollar verteilt. Für das ganze Jahr 1920 sind 115,7 Millionen Dollar ausgeschüttet worden, für das Jahr 1921 fast ebenso viel. In den 10 Jahren von 1912 bis 1922 haben die Aktionäre an Ausschüttungen insgesamt 1508 Millionen Dollar einstreichen können.

Kohlenferien.

Aus hunderten von Lokalen flutet blendendes Licht auf die Straße. In hunderten von Lokalen, mollig durchwärmt, verbringen tausende von Menschen nutzlos, praffend, halbe und ganze Nächte. Gewaltige Mengen

von Kohlen sind für den Betrieb ganz überflüssiger Lokale und schädlicher Veranstaltungen erforderlich. Aber die Schulen sollen geschlossen werden — um Kohle zu sparen. Also empfiehlt der Herr Kultusminister den nachgeordneten Behörden, für Weihnachten etwa 5 Tage Kohlenferien anzusetzen.

Genosse! Genossin!

Halt Du schon Deine Beiträge bezahlt?

Wenn nicht, dann hole das Versäumte sofort nach. Denn alle Ortsgruppen müssen bis 5. Januar abgerechnet haben.

Du schädigst die Partei und erschwerst ihr ihre Aufgaben, wenn durch Deine Saumseligkeit die Abrechnung verzögert.

Die Lage der polnischen Industrie.

Die Oberschlesische „Grenzzeitung“ das Organ der polnischen Schwerindustrie berichtet in Nr. 295 vom 22. Dezember: Der Stand der Beschäftigung unserer Industrie am 1. Oktober 1922 stellte sich im Verhältnis zu dem vom 1. September 1922 wie folgt dar:

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter verringerte sich am 1. Oktober 1922 im Verhältnis zum 1. September 1922 um 0,1 Prozent. An Stelle von 335.937 Arbeitern, die im September in 2.600 Unternehmen arbeiteten, waren im Oktober in ebensolchen Unternehmen 335.439 Arbeiter beschäftigt. Das frühere Kongresspolen zeigt die unbedeutende Erhöhung der Arbeiterziffer um 0,4 Prozent, Großpolen eine Verringerung um 0,1 Prozent, Kleinpolen eine solche von 2,4 Prozent.

Eine Erhöhung der Zahl der beschäftigten Arbeiter zeigen die folgenden Industriezweige: Maschinenindustrie (3,2 Prozent), Chemische Industrie (1,7 Prozent), Lebensmittelindustrie (1,3 Prozent), Gießereindustrie (1,3 Prozent), Textilindustrie (1,2 Prozent), Papierindustrie (0,4 Prozent).

Eine Verminderung: Die Metallindustrie (0,2 Prozent), Bauhandwerk (0,6 Prozent), die graphische Industrie (2 Prozent), der Bergbau (2 Prozent), die Holzindustrie (3,8 Prozent), die Mineralverwertungsindustrie (4,8 Prozent).

Zu den allgemeinen Notizen der Industrie gehört der Mangel an Rohstoffen. Die inländischen Rohstoffe werden nach dem Ausland ausgeführt, während die ausländischen in Anbetracht des Tiefstandes unserer Währung und der hohen Einfuhrzölle nicht gekauft werden können. Der Kursrückgang der polnischen Mark ruft finanzielle Schwierigkeiten hervor. Die Kohlengruben machen gute Geschäfte, während während sich die Petroleumindustrie in schwieriger Lage befindet.

Eine kleine Verminderung der beschäftigten Arbeiterzahl ist dadurch hervorgerufen worden, daß das Baugewerbe wie im Herbst üblich, Entlassungen vornahm.

Im allgemeinen gaben von den 2.600 Unternehmen, die diesbezügliche Berichte eingekandt haben, 388 (14,9 Prozent) Arbeiterentlassungen infolge Renovierung, wegen mehrzügiger Streiks oder infolge Mangels an Rohstoffen.

Agitiert!

Wo um Arbeit ein Vater umsonst sich müht,
weckt des Jarnes Funken, der heimlich glüht,
wo trotz harter Arbeit es mangeln an Brot,
schürt die Flamme, daß hoch sie loht.

Agitiert!

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

„Angenommen, Sie finden das Geld ... was dann? Anzeigen werden Sie nicht ... Sie werden es einfach stehlen!“

Und der Gedanke, daß sie den Fund nicht anzeigen, sondern das Geld stehlen würden, erregte ihn noch mehr. Er war sich ganz klar darüber, daß, wenn dies geschehen sollte, er sofort mit derselben Drohsache auf die Polizei fahren und gestehen würde, daß er Poluchow ermordet habe. Nein, er will nicht länger sich abqualen in diesem Schmutz, dieser Unruhe weiterleben, während andere von dem Gelde, um dessen willen er so schwere Schuld auf sich genommen, sich in Ruhe und Behaglichkeit gütlich taten. Diese Vorstellung vertrieb ihn in förmlich in Raserei. Als die Drohsache vor dem Haupte hielt, in dem er wachte, stürzte er hastig auf die Streppe zu und rief sich an der Klingel. Die Jähne aufeinander pressend und die Häute hallend, wartete er ungeduldig, daß ihm die Tür geöffnet wurde.

Die Tür ging auf, und Tatjana Blahjewa erschien auf der Schwelle.

„Hu, wie laut Sie klingeln! ... Was gibt's denn ...? Was ist Ihnen?“ rief sie ganz erschrocken, als sie ihn sah.

Er stieß sie schweigend zur Seite, ging rasch in sein Zimmer und erkannte sogleich auf den ersten Blick, daß seine Befürchtungen überflüssig gewesen waren.

Das Geld lag hinter der oberen Fensterverkleidung, an der er eine kleine Staumfeder so angelehnt hatte, daß sie unbedingt herunterfallen mußte, wenn jemand sich an dem Gelde zu schaffen machte. Er sah jedoch ganz deutlich das weiße Flöckchen auf dem braunen Hintergrunde.

„Sind Sie krank?“ fragte besorgt die Wirtin, die an der Tür seines Zimmers erschien.

„Ich bin nicht recht wohl ... entschuldigen Sie mir; ich stieß Sie vorhin ...“

„Das tut nichts ... Sagen Sie ... wieviel bekommt der Drohschensucher?“

„Ich weiß es nicht ... fragen Sie ihn, bitte ... und bezahlen Sie ihn.“

Sie eilte hinaus, und Ilya sprang sogleich auf einen Stuhl, holte das Geld hinter der Fensterverkleidung hervor, merkte beim bloßen Anfassen, daß es unberührt war, und steckte es mit einem Seufzer der Erleichterung in die Tasche. Er schämte sich jetzt seiner Besorgnis, und die Vorherrschaftsregel mit der Staumfeder erschien ihm lächerlich und albern.

Eine Staumfeder war's, dachte er und lagte in sich hinein. In der Tür erschien wieder Tatjana Blahjewa.

„Zwanzig Kopelen hab' ich dem Kutcher gegeben“, sagte sie hastig. „Was ist Ihnen denn? Wohl ein Schwindelansatz?“

„Ja ... ich stand in der Kirche, wissen Sie ... und mit einem Male ...“

„Legen Sie sich doch hin“, sagte sie und kam in sein Zimmer. „Legen Sie sich ruhig hin. Genieren Sie sich nicht ... Und ich leg' mich ein bißchen neben Sie ... Ich bin allein zu Hause ... mein Mann hat noch Dienst und geht dann in den Klub.“

Ilya setzte sich auf sein Bett, während sie auf dem einzigen Stuhl, der im Zimmer war, Platz nahm.

„Ich habe Sie beunruhigt“, sprach Ilya mit verlegenem Lächeln.

„Tut nichts ... berichte Tatjana Blahjewa, indem sie neugierig und ungeniert ins Gesicht sah. Sie schwiegen eine Weile ... Ilya wußte nicht, wovon er mit ihr sprechen sollte. Aber sie sah ihn in einem fort an und lachte dann plötzlich ganz selbstsam.“

„Warum lachen Sie?“ fragte Lunew, die Augen nieder-schlagend.

„Soll ich's sagen?“ fragte sie schelmisch.

„Sagen Sie es!“

„Sie können sich nicht vorstellen ... wissen Sie das?“

Ilya zuckte zusammen und blickte unruhig auf seine Wirtin.

„Nein, Sie können es nicht. Sie sind nicht krank — fordern haben einfach einen unangenehmen Brief bekommen.“

„Ich hab's ja gesehen, hab's gesehen ...“

„Ja, ich bekam einen Brief“, sagte Ilya zurückhaltend.

Draußen im Garten rauschte etwas im Gezweig. Tatjana Blahjewa blickte scharf zum Fenster hinaus und wandte ihr Gesicht dann wieder Ilya zu.

„Es war nur der Wind, oder vielleicht ein Vogel“, sprach sie.

„Sagen Sie, mein hübscher junger Mann — wollen Sie mal meinen Rat hören, ja? Ich bin zwar nur eine junge Frau, aber ich bin nicht dumm.“

„Wenn Sie mir raten wollen ... dann bitte recht sehr“, bat Lunew, sie neugierig anschauend.

„Zerreißen Sie diesen Brief und werfen Sie ihn fort“, sprach die Wirtin in überlegenem Ton. „Wenn Sie Ihnen abgeschrieben hat, dann hat sie ganz recht gehandelt, als ein braves Fräulein. Zum Heiraten ist's für Sie noch zu früh.“

Sie haben keine sichere Stellung, und Leute ohne sichere Stellung sollten nicht heiraten. Sie sind ein kräftiger, junger Mann, sind arbeitsam und hübsch — Ihnen kann's nicht fehlen. Sehen Sie nur auf der Hut, daß Sie sich nicht am Ende verliert! Verdienen Sie recht viel Geld, sparen Sie und suchen Sie etwas Größeres anzujagen. Machen Sie einen Laden auf — und dann, wenn Sie festen Grund unter den Füßen haben, können Sie heiraten. Es muß

Eine Vergrößerung der Produktion bedeuten 134 (5,2 Proz.), Unternehmen hauptsächlich in der Maschinenindustrie und in Steinfolienruben.

Unveränderte Produktion betrafften 2078 (79,9 Proz.) Unternehmen.

Die Berichte besagen weiter: Mangel an geschulten Arbeitern; hauptsächlich in der Holz-, Maschinen- und Mineralverwertungsindustrie 387 (14,9 Proz.) Unternehmen.

Einkaufende Bestellungen gut: 300 (11,5 Proz.) Unternehmen.

Mittelgut einkaufende Bestellungen: 1.183 (47,7 Proz.) Unternehmen.

Schlecht — 457 (17,6 Proz.).

Die gestellten Fragen haben 680 (26,2 Proz.) Unternehmen nicht beantwortet.

In ihrer Arbeitsergiebigkeit ist in 118 (4,5 Proz.) Unternehmen eine Besserung zu verzeichnen, in 90 (3,3 Proz.) eine Verschlechterung, hauptsächlich in Kleinpolen, und zwar infolge politischer Rücksichten. Diesbezügliche Fragen haben 2.392 (92,2 Proz.) Unternehmen nicht beantwortet.

An diesem Bericht dürften die Proleten zwei Dinge interessieren. Und zwar 1. Die Meldung, daß die inländischen Rohstoffe nach dem Ausland ausgeführt, und ausländische gekauft werden, trotz des Tiefstandes der polnischen Währung.

Das ist deshalb so, weil die polnischen Kapitalisten an den Rohstoffen mehr verdienen, wenn sie diese im Ausland verkaufen. Die Händler die diese inländischen Rohstoffe bestaufen und die ausländischen kaufen, verdienen gleichfalls. Beide handeln nach dem Grundsatz: „Leben und leben lassen“. Und das Proletariat Polens bezahlt den Gewinn aus seinen Taschen. Daß die Kohlenruben gute Geschäfte machen, dürfte vor allen Dingen die hungernden, schlechtbezahlten Grubenarbeiter Oberschlesiens interessieren, denen die Kohlenmagnaten und ihre Lakaien (Adamel und Co.) vorreden, daß die Gruben keine Gewinne abwerfen.

Steigerung der Lebenshaltungskosten.

In der Woche vom 12.—18. Dezember 1922 betragen die Ausgaben einer Familie, bestehend aus Mann, Frau und zwei schulpflichtigen Kindern, die nötig sind, um etwa so leben zu können, wie es den Arbeitern in der Vorkriegszeit möglich war:

für Nahrung	20 709,90 Mark
für Kleidung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Fahrgeld usw.	11 377,15 „
für 8 Prozent Steuern	2 566,96 „

Zusammen 34 654,01 Mark

Die Steigerung von über 300 Mark gegen die Vorwoche beruht auf der unaufhörlichen wucherischen Verteuerung sämtlicher Lebensmittel, besonders aber von Fleischwaren, von Milch, Butter und Margarine, von Eiern, Kaffee, Marmelade, Mehl, Mehlfabrikate, Gemüse, Fisch, Hülsenfrüchten und Kaffeesatz hinzu kommt, daß sich die Ausgaben für Schuhe, Leibwäsche, Fahrgeld, Schuhreparaturen und Lektüre in der letzten Woche sich unerheblich verteuert haben.

In der Vorkriegszeit wären zur Bestreitung der von uns als Grundmenge aufgestellten Ausgaben 32,78 Mark nötig. Gegen den Durchschnitt 1913/1914 sind die Lebenshaltungskosten also um das 1057fache gestiegen.

Gemessen am proletarischen Existenzminimum von Berlin ist eine Mark nur noch 0,095 Pfennig wert

Schlesische Rundschau.

Die Solidarität des schlesischen Proletariats mit den ausgesperrten und von den Gewerkschaftsführern elend verratenen Ludwigshafener Arbeiter fand ihren Ausdruck in einem guten Sammelergebnis für die Ausgesperrten.

Wie uns Genosse Adelt mitteilt, sind in Breslau und Schlessen ca. 200 000 Mark bei ihm eingegangen. Die Sammlungen in Oberschlesien hatten auch ein gutes Ergebnis. In Opeln allein sind nahezu 200 000 Mark gesammelt worden, die direkt an die Streikenden abgeführt werden.

Ihnen ja gelingen: Sie trinken nicht, Sie sind bescheiden, haben keinen Anhang ...

Ilya hörte zu, ließ den Kopf sinken und lächelte im stillen. Aber am liebsten wäre er laut herausgeplatzt mit seinem Lachen.

„Nichts dümmere, als den Kopf hängen lassen“, fuhr Tatjana Blahjewa im Tone eines lebenserfahrenen Menschen fort. „Es wird vorübergehen. Die Liebe ist eine Krankheit, die sich heilen läßt. Ich war, bevor ich heiratete, selbst dreimal so verliebt, daß ich am liebsten ins Wasser gegangen wäre — und doch ist's vorübergegangen! Und wie ich sah, daß es für mich mit dem Heiraten erst wurde — da hab' ich ohne alle Liebe geheiratet.“

Ilya hob rasch den Kopf empor und sah auf das Weib, das so redete.

„Was ist Ihnen denn?“ fragte sie. „Später lernte ich dann meinen Mann ... lieben ... Es kommt nämlich wirklich manchmal vor, daß sich eine Frau in ihren Mann verliebt ...“

„Wie soll ich das verstehen?“ fragte Ilya und rief die Augen weit auf.

„Wie soll ich das verstehen?“ fragte Ilya und rief die Augen weit auf. 444

Tatjana Blahjewa ließ ein munteres Lachen hören.

„Ich hab' ja nur gepöblt ... Aber in allem Ernst: man kann sich wirklich verheiraten, ohne den Mann zu lieben, und ihn dann später liebenlernen.“

Und sie begann immer von neuem zu plappern und kokettierte dabei mit ihren Augen. Ilya hörte aufmerksam zu, betrachtete mit großem Interesse die kleine, zierliche Gestalt und war ganz erstaunt. So klein und schwächlich war sie und hatte doch so viel Zuversicht, Willenskraft und Verstand.

„Wer eine solche Frau hat — der kann nicht zugrunde gehen“, dachte er. „Es war ihm angenehm, so kaszigen mit einem gebildeten Weibe — einer verheirateten Frau und seiner ersten besten — einer sauberen, feinen, wirklichen Dame, die nicht stolz war, mit ihm, dem einfachen Burschen, zu plaudern und sogar mit ihm anzudeute. Ein Gefühl der Dankbarkeit gegen seine Wirtin erwachte in ihm, und als sie sich erhob um zu gehen, sprach er gleichfalls auf, verneigte sich vor ihr und sagte:

„Danke Ihnen auch ergebenst, daß Sie mir die Ohren geben haben ... Ihre Unterhaltung hat mich sehr erfreut!“

„Wirklich? Sehen Sie doch mal an!“ sagte sie still lächelnd, während ihre Wangen sich rödeten und ihre Augen ein paar Sekunden unbeweglich in Ilyas Antlitz sahen. „Na — auf Wiedersehen also ... vorläufig!“ sprach sie mit einer ganz besonderen Betonung und hüpfte grazios wie ein junges Mädchen davon.

(Fortsetzung folgt.)

Helft den Gemaßregelten!

Oeffentliche Auktion.

Aber abgelieferte Beträge bei der Sammelkassa I. Mohr, Mannhelm-Waldhof.

2. Auktion.

Belgische Baul. Halle 61.000 M., Adolf Christ, Göditz a. M. 19.500 M., D. Holzarbeiter-Verein Heidingsheim 8000 M., Herf. d. Biegelwerke 2100 M., Lederarbeiter-Hilfsgeld der 2400 M., Rinnereverband Jena 5000 M., Holzarbeiterverband Jena 5000 M., Bahnamittelverein Magwig 999 M., Ausgeschlossene Bauarbeiter-Stein 13.750 M., Kommunistische Partei Saachhammer 5000 M., Paul Buchardt, Neuschütz 5000 M., Zimmerleute von Merseburg 10.000 M., S. Rat. Naumburg 20.000 M., Bauarbeiter-Lunawerl 2000 M., Triumphwerte Altludwig 24.000 M., Kol. der Zementwerke Wurland, Saale 8000 M., Ortsauschuß Oberhausen 14.000 M., Volkshaus und Müller, Gladig 7000 M., Otto Kramer, Odrin 40.000 M., Glasarbeiter Osterwald 9280 M., Philipp Dus, Plunghardt 1700 M., Lederarbeiter-Verb. Bismarck 20.000 M., Genz Fadel, Spachbrüden 200 M., Bauarbeiter des Schwarzenhals 4970 M., Pol. b. Ga. Sassin, Kumpfenheim 7400 M., Gemeinde und Staatsarbeiter Sangtrahusen 2000 M., Ga. Leo Zander, Stettin 1000 M., Ja. Audrae, Stuttgart 3530 M., Kontrollauschuß 2. Rate, Solingen 20.000 M., Kontrollauschuß 3. Rate 20.000 M., Lederfabrik Tangermünde 3550 M., Rüdigerhop und Schmied, Tangermünde 7600 M., Weiß und Freitag, Tangermünde 45.000 M., Karl Kränken, Cambach, Diehartz 7100 M., Gen. Eisenbahner, Neuen, Wilhel 500 M., Heinrich Lippold, Wittenberg 4000 M., 2. Rate Lippold 10.000 M., 3. Rate Lippold 10.000 M., 4. Rate Lippold 10.000 M., 5. Rate Lippold 4000 M., Zertifikatgeber und Arbeiterinnen Wittenberg 4000 M., Karl Koch, Wittenberg, Post Reppendorf 10.000 M., 2. Rate Koch Wittenberg 2250 M., Paratenbesitzer der Friedlandsgrube Hahnenogsdau 10.000 M., Betriebsrat Grube Scholpa 10.000 M., Ja. E. Brandt, Hahnenogsdau 10.000 M., 2. Rate Brandt, Reichshardt 75.000 M., Freiwillige Sammlung von Haber und Schiefer, Offenbach 25.000 M., Altstadts Eisenwerk 3673 M., Aden, Metallarbeiterverband 3000 M., Union der Hand- und Kopfarbeiter 20.000 M., Arbeiter Gemeindearbeiter 1. Rate 4000 M., Ammentor Beleg-Schaft der Arbeiter 1540 M., Baden-Baden Otto Klump 5000 M., Anhaltener Vereinte 1650 M., Wert Rittfeld Aluminiumwerke 10.000 M., 2. Rate Aluminiumwerke 5000 M., Schumann Julius, Friedrich a. Rh. 1000 M., Chemnitz, Max Schulz 1. Rate 10.000 M., 2. Rate 10.000 M., 3. Rate 10.000 M., Eln-Chrenfeld SPD-Fraktion 10.000 M., Köln, Bremer bei Kramer 500 M., Eln, Kranten für 5 Kollegen 1000 M., Düsseldorf Ja. Kögen-Wert Düsseldorf 4710 M., Krimmichbau Sadsen 450 M., Delisch Bahnarbeiter 10.000 M., 2. Rate 10.000 M., Halle Bauarbeiter 19.000 M., Freiburg Komm. Studenten 7640 M., Freiburg, der Eisenbahnerverband 10.000 M., 2. Rate Eisenbahnerverband Freiburg 10.000 M., Sürthelwalde, Ernst, Werte 2300 M., Gießen, Allgem. Ortskrankenkasse 11.030 M., 2. Rate Ortskrankenkasse 10.000 M., Gießen, Ver. Betriebsräte 10.000 M., 2. Rate 10.000 M., 3. Rate 10.000 M., Gera, Carl Schramm, 1. Rate 10.000 M., 2. Rate 10.000 M., 3. Rate 86 M., Göttingen, Gaswerl-Werke 3000 M., G. the, S. Siegel 5300 M., Hannover, Heinrich-Jahres der Glasarbeiter 2500 M., Brandenburg, R. Wittenberg Eisenbahn-Betriebskassen 5000 M., Wittenberge von Arbeitern der Textilfabrik 5000 M., Weil f. Kraus 1000 M., Würzburg, Ortskrankenkasse der SPD 2988 M., Wüllesdorf-Reppendorf, Karl Koch 10.000 M., Summa 774.431 M.

Aus den Betrieben.

Wirklich ein feiner Betriebsrat.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Zum Artikel Nr. 282 (Ein feiner Betriebsrat.) erlaube ich Grund des Paragraphen 11 des Prellgesetzes um folgende Berichtigung:

Allen Arbeitern der Aktiengesellschaft für Bekleidung und Bekleidung ist unterbreitet worden, dem Wunsche des Mitgliedes, ein Prozent vom Arbeitslohn für den Monat November 1922 für die Arbeiter und Armen abzugeben. Rechnung zu tragen. Es kam natürlich keine Rede davon, daß ein gewisser Betrag hierab ausbezahlt werden sollte. Nachdem die Abstimmung in der Werkstatt 3 nicht im Sinne der Abzehrung erfolgt war, habe ich allerdings erklärt, daß die Beschäftigten die Not noch nicht kennen gelernt haben. Am 6. Dezember habe ich mich nochmals mit der Werkstatt in Verbindung gesetzt und war in dieser Werkstatt schon eine Sammelleiste für ähnliche Zwecke in Aussicht gestellt worden. Ich habe dazu erklärt, man solle diese gesammelten Gelder wieder zurückgeben und sich ebenfalls für den einprozentigen Abzug erklären, damit die Sammlung im Betriebe einheitslich vor sich geht. Ich habe nicht gesagt, daß die Firma auf den einprozentigen Abzug bestünde. In der Werkstatt 3 hatten die Arbeiter auch jetzt noch nicht in ihrer Mehrheit für den einprozentigen Abzug gestimmt. Ich habe ihnen dann nochmals die Not der Arbeiter und Armen vor Augen geführt und machte die Werkstatt darauf aufmerksam, daß jeder froh sein müßte, wenn er Beschäftigung hat, welche in Zukunft aber auch wohl wie leider zu erwarten ist, collapses wird. In der Firma A. B. B. würden aber auch Möglichen keine Entlassungen vorgenommen werden, sondern die Betriebe weiter beschäftigt werden, wofür ich mich ganz selbstverständlich einsetzen würde. Damit glaube ich, daß die Belegschaft in ihrem Einkommen gesichert ist und es nicht darauf ankommen sollte, ein Prozent für solche Zwecke abzuführen. Ich habe mich bei der ganzen Angelegenheit von dem einen Gesichtspunkt aus leiten lassen, im Interesse der Armen und Arbeiter der Stadt Breslau etwas zu tun, damit diese Arzten der Armen unterstützt werden können.

63. Ritter

Betriebsrat der Aktiengesellschaft für Bekleidung und Bekleidung.

Wirklich ein feiner Betriebsrat! Er berichtigt mich natürlich doch das stimmt, was wir in jedem Artikel behauptet haben. Er gibt auch zu, daß er im Zusammenhang mit den gebildeten Sammlungen über Entlassungen gesprochen hat. Und was ist das anders als eine Sammlung, wenn man nicht sagen will Entlohnung? Ob der Betriebsrat Ritter als Beschäftigter hat oder nicht, ist dabei gleichgültig, denn die Wirkung bleibt dieselbe.

Gewerkschaftsbewegung.

Aktiver Kampf um gute Löhne!

Die deutschen Eisenbahner und Beamten stehen vor einer der schärfsten existenziellen Frage. Mit Hohn und Spott hat die Regierung von den Forderungen der hungernden Staatsarbeiter und Beamten zurückgewiesen. Der Reichsfinanzminister Hermes erklärte, daß er nicht in der Lage sei, mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln. Die Regierung besah den Mut, der Kommunisten, die die Forderungen der Beamten und Arbeiter zu vertreten hätte, zu erklären, sie möge ihren ganzen Einfluß dahin aufwenden, daß ihre Mitglieder im Lande der finanziellen Lage des Reiches Verständnis entgegenbringen.

Die Regierung Cuno, die Milliarden zur Organisation von staatlichen Streikbrechergarden übrig hat, die nichts tut, um die Steuer von den Parasiten des Staates einzuziehen, die den Wucherern und Schiebern ihr Handwerk begünstigt, sie verlangt, daß ihre Arbeiter im Interesse des kapitalistischen Wiederaufbaues hungern sollen. Sie kann diesen Standpunkt einnehmen, weil sie weiß, daß die Spitzenorganisationen als Verfechter der Arbeitgemeinschaft ihre Politik bedecken.

Ein Schlag ins Gesicht der Eisenbahner ist es, wenn die Regierung erklärt, daß die letzten Lohnerhöhungen

Arbeiter! Angestellte! Kleinbauern!

Tragt keinen Pfennig eoll. Rücklagen auf die kapitalistischen Banken oder Sparkassen, wo sich das Geld nicht nur entwertet, sondern abendrein gegen Euch direkt und indirekt verwendet wird. Zeichnet nur Arbeiter-Anleihe, denn diese dient dem sozialistischen Aufbau und damit auch dem Wohlproletariat.

Prospekte, Zeichnungslisten, Zuschriften und alle nähere Auskunft für Deutschland nur durch das
Reichskomitee der Arbeiterhilfe,
Berlin E 54, Rosenhalsstr. 38. Tel. Norden 109 25.
Postcheckkonto: Berlin MD. 7, 115089.

einen Ausgleich gegenüber der Preissteigerung gebracht, und daß die Privatarbeiter in diesem Monat noch keine neuen Forderungen gestellt hätten. Das zwischen den Gewerkschaften und der Regierung vor wenigen Tagen abgeschlossene Kompromiß über die Erhöhung der Dezemberbezüge ist von den Eisenbahnern Deutschlands fast einmütig abgelehnt worden. Die Gewerkschaften haben bei diesen Verhandlungen schon in den ersten Stunden ihre aufgestellten Forderungen einer 100prozentigen Gehalts- und Lohnerhöhung fallen gelassen und gaben sich mit einer Erhöhung der Gehälter und Löhne von 40 bis 80 Prozent zufrieden.

Wenn die Regierung erklärt, daß die finanzielle Lage des Reiches es nicht zulasse, daß erneut eine Erhöhung der Löhne und Gehälter stattfindet, so hätte sie schon bei den letzten Verhandlungen die Aufgabe gehabt, die Erhöhung der Gehälter der oberen Beamten weitgehendst einzuschränken. Statt dessen ging sie dazu über, den Beamten der höheren Gehaltsgruppen monatliche Zulagen von 60- bis 100.000 Mark zu bewilligen.

Der bekannte General Groener richtete an den Reichsfinanzminister Hermes ein Schreiben, in dem er diesen aufforderte, unter allen Umständen den Urlaub der unteren Beamten zu kürzen. Groener erklärt hierbei, daß man diese Kürzung vornehmen müsse, selbst auf die Gefahr hin, mit den Gewerkschaften in Konflikt zu geraten. Nach einem Erlaß des Verkehrsministeriums sollen am 1. Januar 60.000 Arbeiter gekündigt werden. Offenbart die "Vorwärts" in seiner Morgenausgabe vom 20. Dezember den Rückzug der Spitzenorganisationen im folgenden Worten an:

„Es wird aller Kraft der Organisationen bedürfen, um Betriebsstörungen, wie wir sie in den letzten Jahren schon immer in der Weihnachtszeit gehabt haben, zu vermeiden.“

Die Gewerkschaften, die willigen Diener der Cuno-Regierung, kümmern sich nicht um das Los ihrer Mitglieder. Noch hat die Regierung Zeit, das drohende Unheil abzuwehren. Noch liegt es an den Gewerkschaften, durch die Einziehung ihrer ganzen Kräfte die Regierung zur Erfüllung der von den Eisenbahnern aufgestellten Forderungen zu zwingen. Sollte die Regierung auf ihrem hartnäckigen Standpunkt beharren, dann werden die Eisenbahner nicht darauf zurückzudenken, rücksichtslos den Kampf um ihre Existenz aufzunehmen.

Breslau.

Soltau.

Heute von Bürgerbund.

Der Bürgerbund, eine interkommunale dem Heimatverband Soltau angegliederte Organisation, hielt am 18. d. Mts. seine Sitzung ab. Dem Bericht der „Schlesischen Zeitung“ entnehmen wir folgendes:

Ein Antrag an bezügliche Firmen, einen Betrag des Bürgerbundes nicht durch zu erheben, wurde allgemeiner Billigung. Eine Anzahl Beschlüsse über das Besonderekomitee wird heute eingehend besprochen, weiteres Material soll gewährt werden. In den Sitzungen der Provinzial-Präsidenten wurden auch Mitglied des Bundes als Konsumrenten zugelassen worden. Die Arbeit des Magistrats, bei einem Antrag um Verleihung der Ehrenpolizei, angeht, wird der gestandener Magistrat den Protest des Bürgerbundes zu vertreten, wurde bekräftigt. Zum Schluss wurden Maßnahmen beschlossen, um die erforderlichen Geldmittel für die vermehrte Arbeit des Bürgerbundes anzuschaffen.

Mit wenigen Worten wird hier ein Bild über die glänzende und harten Arbeit der Breslauer Bourgeois gezeichnet.

Gegen die protestantische und „bürgerliche“ Presse soll der Interkommunalverband verhandelt werden. Man will damit die durch den Parlamentarismus an ihr Zerstörer Arbeiter-Presse verheißt einzuziehen. Die Schlesische Arbeiterzeitung wird bereits seit Jahr und Tag von einem Teil der Gesellschaft boykottiert. Das Besonderekomitee, das getrieben von den Führern der Protesten, möglichst einigen unabhängigen großen Unternehmen an den Laß gerückt ist, soll eingeschaltet werden. In die Provinzial-Kommunikation hat man die tätigen Mitglieder des Bürgerbundes entsandt, damit bei der Arbeit kein Ende kommt. In jeder dieser Angelegenheiten der betriebswirtschaftlichen und allgemeinen Arbeiter zu verbinden, mit man bereits jetzt schon nach Fortsetzung der Schlaus. Am Ende sollen die Arbeiter ohne Verlust erhalten. In diese Maßnahmen gegen das Proletariat durchzuführen, wurde über Einweisung der nötigen Mittel beschlossen.

Man soll auch noch heute lernen. In dem angelegentlichsten Aufruf der Bürgerbund soll man sich anstrengen, ein Vorbild nehmen. Der Bürger beschließen.

die „bürgerliche“ Presse zu boykottieren. Müß sich da nicht mancher Arbeiter, der immer noch das Stimmblatt, die „Neuesten Nachrichten“, liebt, beschämt fühlen. Warum lesen die tausende Arbeiter noch immer das Stimmblatt? Weil sie von jenem Klassenbewußtsein, das nur die Presse der eigenen Klasse unterstützt, noch himmelmweit entfernt sind. Seine indifferenten Proletarier sind die besten Bundesgenossen der Bürgerbündler, jener Herren, die, wie der Sühnebericht zeigt, mit allen Mitteln daran gehen wollen, die tatsächliche Herrschaft zu errichten.

Achtung Genossen vom Subbotnik! Die Genossen, die uns zum Bank an unserem Heim-Werkzeug zur Verfügung gestellt haben, können sich dieses nun abholen, da es nicht mehr gebraucht wird. Zu melden beim Genossen W a t a l a, Trebnitzerstraße 60.

Peterswaldau.

Aus der Partei. Am 17. Dezember fand in Klettes Gasthaus unsere Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Die Versammlung befaßte sich mit der Friedenskonferenz in Haag. Es wurde in der Diskussion scharf Kritik an dem SPD-Führern geübt und betont, daß man den Friedensbeteuerungen derselben ebenbürtig glauben schenken kann als 1914. Damals habe die SPD nicht nur die Kriegskredite bewilligt, sondern die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben Gewerkschaftsgelder für die Kriegsanleihe gezeichnet.

Eine rege Debatte rief der Streik der Ludwigshafener Arbeiter hervor. Gelle Empörung löste er aus, als die Mitteilung gemacht wurde, daß der Gewerkschaftsangehörte immer sich gegen den Streik erklärt habe, weil er angeblich ohne die Zustimmung der Gewerkschaften erfolgt sei.

Die Versammlung beschloß, Sammlungen für die Ludwigshafener Arbeiter in die Wege zu leiten.

Sodann wurden Mißstände in den Betrieben zur Sprache gebracht. So die Firma Kramer in Langenbielau. Diese Firma zahle einem Schlosser noch einen Hungerlohn von 50 Pfennig und schreibe: In der 49. Lohnwoche, von 30. November bis 6. Dezember, bei 48 Arbeits- und 1/2 Ueberstunden 2188,15 Mark. Als Abzüge kamen Krankengeld 86,40 Mark, Urlaubsgeld 26 Mark und Steuer 148 Mark, so daß dieser Handwerker, der doch immer noch ein höheres Stundenlohn haben soll als ein Arbeiter, nur noch 1891,75 Mark ausgezahlt erhielt. Also 45 Mark die Stunde, ob sich so ein Ausbeuter nicht vor der Öffentlichkeit schämt. Wir würden es nicht glauben, wenn der Lohnbeutel nicht in unserer Hand wäre. Weiter schämt sich die Firma nicht, Ueberstunden anzubieten, natürlich ohne Zahlung des 25prozentigen Zuschlages.

Wo bleiben hier in diesem Falle die Gewerkschaften? In der Bekämpfung der Kommunisten leisten sie Heldentaten, aber den Kampf gegen die Ausbeuter aufnehmen, da ziehen sie den Schwanz ein.

Ferner wurden die Gemeindevorstände besprochen. Ein Zehnergruppenführer wurde wegen Disziplinbruch ausgeschlossen. Unter Verschiedenem wurden kleinere Anträge erledigt. Nach Schluß der Versammlung wurden einige resolutionäre Vieder gelesen.

Petersdorf i. Rig.

Solidarität mit den Unflinworkern. Die Glasarbeiter von Petersdorf i. R. sammelten für unsere kämpfenden Arbeitsbrüder in Ludwigshafen und in der Pfalz als erste Sammlung 39.680 Mark. Die Glasarbeiter von Warmbrunn 5000 und von Hermersdorf 8400 Mark. Trotz Sabotage der Gewerkschaftsbunzen sammelten die Kollegen der Akt. Ges. Petersdorf 16.720 Mark.

Ein feiner Betriebsrat der Akt. Ges. Petersdorf verbot die Kollegen einzuküßeln mit den Worten: „Wer für die Sammelleiste der Streikenden in der Pfalz und in Ludwigshafen propagandiert, bei dem liegt Grund zur Entlassung vor.“

Und so was nennt sich Arbeitervertreter! Trotz alledem haben aber die Petersdorfer Arbeiter gezeigt, daß ihnen das Wort von der Solidarität der Arbeiter kein leeres Begriff ist, sondern Zaubereigenschaft bedeutet. Mit den Vertretern der Ludwigshafener Arbeiter aber wird das Proletariat in Petersdorf gründliche Abrechnung halten.

Rehnsitz.

Für die „Rote Hilfe“ sammelten die Arbeiter der Firma Böller und Pfeisler, in Bohrau-Seifersdorf 1030 Mark. Öffentlich findet dieses Beispiel opferwilliger Solidarität überall Nachahmung.

Sorgt für die Hungernden Rußlands!

Versammlungs-Kalender.

Für jede Seite mit diesem Anzeiger muß ein Betrag von 5. A. gezahlt werden.

KPD Bezirksleitung: Büro: n. Ruffe: Bresl. Soltaustr. 48/49. Sekretariat: R. Ruffe: 48/49. Postfach: 1110. Telephon: 48/49. Soltau: Bresl. 688/64. Alfred Köhler.

Breslau, Sonntag, den 29. Dezember, abends 7 Uhr, im Fortbilla, Sitzung des Kreisverbandes. Es werden reiflich erörtern, alle Vorsitzenden, alle Parteimitglieder und sämtliche Parteimitglieder. Ortsleitungsmitglieder erscheinen eine Stunde früher.

Breslau, Montag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr, im Gasthaus „Zur Mühle“, Sitzung der Kreisleitung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz.

Breslau, Dienstag, den 31. Dezember, abends 7 Uhr, im Gasthaus „Zur Mühle“, Sitzung der Kreisleitung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz.

Breslau, Donnerstag, den 2. Januar, abends 7 Uhr, im Gasthaus „Zur Mühle“, Sitzung der Kreisleitung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz.

KJD Bezirksleitung: Der Arbeiter, Breslau 1, Kriegerstr. 48/49. Postfach: Breslau 075/05. Max Gieseler.

Breslau, Sonntag, den 29. Dezember, abends 7 Uhr, findet im Kriegerhof unsere 22te allgemeine Parteiverammlung statt. Jeder Arbeiter nach dem besten Können zu der allgemeinen Parteiverammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz.

Breslau, Montag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr, findet im Kriegerhof unsere 23te allgemeine Parteiverammlung statt. Jeder Arbeiter nach dem besten Können zu der allgemeinen Parteiverammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz.

Breslau, Dienstag, den 31. Dezember, abends 7 Uhr, findet im Kriegerhof unsere 24te allgemeine Parteiverammlung statt. Jeder Arbeiter nach dem besten Können zu der allgemeinen Parteiverammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz.

Gewerkschaften Alle Arbeiter in der Provinz sind eingeladen, an der Versammlung teilzunehmen. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz.

Breslau, Donnerstag, den 2. Januar, abends 7 Uhr, findet im Kriegerhof unsere 25te allgemeine Parteiverammlung statt. Jeder Arbeiter nach dem besten Können zu der allgemeinen Parteiverammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz.

Breslau, Freitag, den 3. Januar, abends 7 Uhr, findet im Kriegerhof unsere 26te allgemeine Parteiverammlung statt. Jeder Arbeiter nach dem besten Können zu der allgemeinen Parteiverammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz.

Breslau, Samstag, den 4. Januar, abends 7 Uhr, findet im Kriegerhof unsere 27te allgemeine Parteiverammlung statt. Jeder Arbeiter nach dem besten Können zu der allgemeinen Parteiverammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz.

Breslau, Sonntag, den 5. Januar, abends 7 Uhr, findet im Kriegerhof unsere 28te allgemeine Parteiverammlung statt. Jeder Arbeiter nach dem besten Können zu der allgemeinen Parteiverammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz.

Breslau, Montag, den 6. Januar, abends 7 Uhr, findet im Kriegerhof unsere 29te allgemeine Parteiverammlung statt. Jeder Arbeiter nach dem besten Können zu der allgemeinen Parteiverammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei in der Provinz.